

FÜR EINEN SOZIALEN

SCHWALM-EDER KREIS

Programm für die Kommunalwahl am 27. März 2011



DIE LINKE.
Kreisverband Schwalm-Eder

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 1
Kommunale Finanzen	Seite 2
Soziale Kommune	Seite 3
• Kommunale Arbeitsmarktpolitik für die Menschen	Seite 3
• Weg mit Hartz IV	Seite 3
• Selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen sichern	Seite 4
• Selbstbestimmtes Leben im Alter	Seite 6
• MigrantInnenpolitik	Seite 7
Ökologische Kommunalpolitik	Seite 8
• Regionale Vernetzung	Seite 8
• Kommunale Investitionen nach sozialen und ökologischen Kriterien	Seite 8
• Kommunale Energiepolitik Trinkwasser Abfallwirtschaft	Seite 8
• Kommunale Renaturierung und Aufforstung	Seite 9
Kommunale Unternehmen erhalten und private rekommunalisieren	Seite 9
Weiterentwicklung der Gemeinden	Seite 9
• Sozialpass einführen	Seite 10
• Nahversorgung	Seite 10
• Gesundheit	Seite 10
Kommunale Wohnungspolitik	Seite 10
• Angemessenen Wohnraum schaffen	Seite 10
• Keine Kürzungen bei der Bundesförderung für Städtebau!	Seite 11
• Hartz IV: Keine Zwangsräumungen!	Seite 11
Kommunale Verkehrspolitik	Seite 11
• Verkehrsplanung vor Ort	Seite 11
• Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und gestalten	Seite 11
Kommunale Schulpolitik	Seite 12
• Ausstattung der Schulen und Klassen	Seite 12
• Lernmöglichkeiten außerhalb der Schule	Seite 12
• Chancengleichheit für alle Kinder	Seite 12
• Kinderrechte sichern	Seite 13
• Verbesserung der Kinderbetreuung	Seite 13
• Interkulturelle Erziehung	Seite 13
Grundsätzliches	Seite 13
• Frauenpolitik	Seite 13
• Direkte Demokratie in der Kommune	Seite 13
• Frieden	Seite 13
• Beschäftigungspolitik	Seite 13
• Dem Neofaschismus aktiv entgegenzutreten	Seite 14
• Tierschutz	Seite 14
Reden Sie mit uns!	Seite 14

Einleitung

LINKE Politik beginnt auf der kommunalen Ebene. Wir fordern die Schaffung eines modernen Sozialstaates und den dauerhaften Schutz der Menschen in großen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut. Die im Programm genannten Schwerpunkte können dazu beitragen.

DIE LINKE steht für eine Entwicklung hin zur Bürgerkommune, in der die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten.

Die Kommunalpolitik im Schwalm-Eder Kreis war in den letzten Jahren geprägt durch die absolute Mehrheit der SPD in den meisten Gemeinden. Das hatte zur Folge, dass wichtige Entscheidungen zum Teil sehr autoritär und gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt wurden: z.B. die Schaffensbeiträge in Borken, das Einkaufszentrum Wiergrund in Treysa, oder die Privatisierung der kreiseigenen Kliniken (SPD+FWG)

Ein wichtiges Ziel der Kommunalwahl 2011 ist daher

- die erstarrten Mehrheitsverhältnisse in den Gemeindevertretungen zu verändern,
- mehr Transparenz zu erzeugen, mehr Informationen nach außen zu bringen
- wichtige Entscheidungen in den Gemeinden mit möglichst großer Bürgerbeteiligung zu treffen,
- links-alternativ ökologische Inhalte umzusetzen.

Ein zentrales Problem im Schwalm-Eder-Kreis ist die demografische Entwicklung.

Die Einwohnerzahl nimmt kontinuierlich ab, im Vergleich zu 2006 werden 2025 fast 10 % weniger Menschen im Schwalm-Eder-Kreis wohnen.

Das wird zu einer dramatischen Verschlechterung der Lebensqualität führen, was wiederum die Abwanderung beschleunigt.

Diese Spirale muss unterbrochen werden.

Ein Nahziel der Politik der LINKEN ist daher erstens die Sicherung der Strukturen und zweitens die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Kommunale Finanzen sichern

mit einer umfassenden Gemeindefinanzreform und der Rücknahme der „Föderalismusreform“.

Die kommunalen Finanzen bestimmen die Möglichkeiten politischen Handelns vor Ort. Die Gestaltung des Haushalts ist die Frage kommunaler Politik, die die größten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung hat. Dabei geht es neben Entscheidungen, die nur für das jeweilige Jahr wirksam sind, auch um Entscheidungen die in ihrer Wirksamkeit weit über die aktuelle Wahlperiode, teilweise sogar über eine ganze Generation hinausgehen. (z.B. Verkehrs- und Immobilienprojekte, Privatisierungsentscheidungen),

Nach Artikel 28 Abs.2 des Grundgesetzes haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Weitere Steuermindereinnahmen stehen für die hessischen Kommunen an. Steuergeschenke und Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs durch die CDU/FDP-Regierung belasten Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zunehmend werden Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. Diesen sog. „Sachzwängen“ darf man sich nicht unterwerfen.

Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürgern zugute kommen, problemlos erfüllt werden. DIE LINKE hat dazu einen detaillierten Forderungskatalog zur Erhöhung der Einnahmen der Kommunen erarbeitet.

<http://www.die-linke-schwalm-eder.de/Kommunalfinanzen.pdf>

<http://www.axel-troost.de/article/4807.kommunalfinanzen-a-8211-zeit-fuer-alternativen.html>

Wir fragen zurück: Dürfen wir unseren Kindern und Enkeln eine marode Umwelt und Infrastruktur, kaputte Schulen und Kindergärten hinterlassen? Dürfen wir ihnen ständig wachsende soziale Probleme, z. B. dramatisch steigende Kinderarmut zumuten? Probleme, die bei rechtzeitigem Handeln zu verhindern oder zu verringern gewesen wären?

Wir sagen: Nein. Notwendig ist stattdessen, die Finanzen der Kommunen neu zu regeln. In unserem Kampf dafür lassen wir nicht nach.

Für eine kommunale Finanzreform vertritt DIE LINKE folgende Grundsätze:

Auf allen Verfassungsebenen ist das "Konnextitätsprinzip" zu verankern, welches sicherstellt, dass diejenige staatliche Ebene, die neue Aufgaben auf die Kommune überträgt, auch für deren vollständige Finanzierung gerade stehen muss. (Wer bestellt, bezahlt auch)

- Der tatsächliche Finanzbedarf der Kommunen muss ermittelt werden. Die Haushaltsplanung darf sich nicht ausschließlich an den Ist-Ausgaben orientieren.
- Ein ausreichender finanzieller Spielraum der Kommunen für die Durchführung auch so genannter freiwilliger Leistungen ist zu garantieren.
- Die kommunalen Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer sind so weit zu erhöhen, dass sie der gestiegenen Wertigkeit der kommunalen Aufgaben gerecht werden.
- Bürgerhaushalt: Notwendig ist nach Auffassung der LINKEN eine unmittelbare Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion über den Kreishaushalt und in die Festlegung der Schwerpunktsetzung für Zukunftsinvestitionen (vgl. HGO § 8a Bürgerversammlungen) In allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -führung und -kontrolle soll die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen und der haushalts- sowie gestaltungspolitischen Prioritätensetzung gesichert sein.

Folgende Grundsätze sind bei allen Kommunalen Haushalten zu beachten:

- Bei der Aufstellung der Haushalte müssen langfristige Auswirkungen finanzieller Folgen aller Entscheidungen; deshalb z. B. Verzicht auf sog. Sale-and-lease-back-Projekte (Verkauf und Rückanmietung öffentlichen Eigentums) im Vordergrund stehen.
- Verkäufe kommunalen Eigentums zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern lehnen wir ab, langfristig ist so eine Maßnahme teuer.

Soziale Kommune

Kommunale Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Städte und Gemeinden sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in Ein-Euro-Jobs verhindern. Diese sind abzuschaffen. Hierzu ist eine aktive und einfallreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde erforderlich und geboten.

Weg mit Hartz IV !

DIE LINKE lehnt die so genannten „Arbeitsmarktreformen“ ab. Sie sollen ganz offensichtlich nicht Arbeit schaffen, sondern werden benutzt, um Arbeitslose und Arbeitnehmer/innen zu disziplinieren.

Die Arbeitsförderung Schwalm-Eder (ARGE) hat bei der Umsetzung von Hartz IV einen Ermessensspielraum, den sie jedoch zum Nachteil der Betroffenen ausnutzt.

Die Kontrollen, denen Arbeitslosengeld II – Bezieher/innen ausgesetzt sind, verletzen die Menschenwürde. Mit der Androhung von Mittelkürzungen kann nahezu jede Zwangsmaßnahme durchgesetzt werden. Hier wird nur gefordert und nicht gefördert.

Arbeitslose ALG II – Empfänger/innen werden mit Hilfe eines sogenannten „Sozialen Ermittlungsdienstes“ rechtswidrig ausgeforscht (Erkundigungen werden auch bei Nachbarn

und Bekannten eingezogen). Es werden grundgesetzwidrig Wohnungsbegehungen verlangt. Das alles sollen sich die Arbeitslosen gefallen lassen, denn mittels angeblicher Mitwirkungspflichten werden Gründe konstruiert, die ALG II-Gelder zu kürzen. Ohne gesetzliche Grundlage werden Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung oder die Selbstbestimmung über die eigenen Daten nicht beachtet.

Wenn Arbeitslose die Miete gekürzt bekommen, obwohl es keinen Wohnraum mit der willkürlich festgelegten Mietobergrenze gibt, kommt dies einer Vertreibung der Arbeitslosen gleich.

DIE LINKE unterstützt die Einrichtung je einer Stelle als Ombudsfrau oder Ombudsmann für Hartz IV-EmpfängerInnen in Schwalmstadt Homberg und Melsungen.

DIE LINKE fordert:

- Einrichtung eines Fachbeirates im Kreistag, in dem die betroffenen Langzeitarbeitslosen in angemessener Weise vertreten sind – mit der Aufgabe, gesellschaftliche Isolation aufzuheben.
- Abschaffung aller „1-Euro-Jobs“ und prekären Beschäftigungsverhältnisse. Statt dessen Schaffung von tariflich entlohnten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im schwerpunktmäßig sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich
- Wesentliche Erhöhung der Mietobergrenzen, um die „Vertreibung“ der Arbeitslosen aus ihrem Wohnort zu verhindern.
- Volle Übernahme der Mietzahlungen, wenn keine passende, preiswerte Wohnung angeboten werden kann
- Einrichtung einer kreiseigenen Schuldner-Beratungsstelle und Unterstützung der Schuldner-Beratungsstellen karitativer Vereine.
- Bereitstellung kostenloser Ganztagskinderbetreuung für alleinstehende, arbeitssuchende Erziehungsberechtigte mit Kindern über drei Jahren, damit eine Vermittlung in versicherungspflichtige Arbeit überhaupt stattfinden kann
- Kostenbefreiung von Praxisgebühren und Rezeptgebühren für die Krankenversorgung bis zum Kostenfreibetrag der gesetzlichen Krankenkassen
- Finanzielle Zuschüsse für Schulkosten bis zum Abitur
- Statt Arbeitslose in unsinnige Seminare zu schicken und diese zu finanzieren, sollten die öffentlichen Mittel besser in die Qualifizierung der Mitarbeiter investiert werden.
- Einführung eines Qualitätsmanagements an den Argen im Schwalm-Eder Kreis.
- Kostenlose Girokonten für HartzIV Empfänger bei den Kreis- und Stadtparkassen

Selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen sichern

Eine wirkliche „Behinderung“ in Bezug auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist nicht naturgegeben. Sie entsteht erst durch Barrieren und Rahmenbedingungen, die Menschen mit Beeinträchtigungen ausgrenzen. Die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen in der Bundesrepublik muss auf allen Politikebenen und somit auch im Schwalm-Eder-Kreis umgesetzt werden. Die Teilhabe von behinderten Menschen muss gesellschaftliche Realität werden. Im Mittelpunkt soll dabei der Begriff der Inklusion von Menschen mit Behinderungen stehen. Für den Ausgleich individueller Beeinträchtigungen sind entsprechend Vorkehrungen zu treffen, die eine selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen. Dazu zählen vor allem die Beseitigung und Vermeidung von baulichen und finanziellen Barrieren sowie die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen, die nicht diskriminieren und bevormunden, sondern die gesellschaftliche Teilhabe befördern.

Die LINKE unterstützt die Arbeit der Behindertenbeauftragten im Schwalm-Eder Kreis.

Damit auch Menschen mit funktionellen Einschränkungen an demokratischen Entscheidungsprozessen teilhaben können, müssen Informationen in einfach verständlicher

Sprache, für Blinde und Sehschwache sowie für Gehörlose zur Verfügung gestellt werden. Dies kann am einfachsten erreicht werden durch eine Veröffentlichung im Internet, da hier bereits entsprechende Technologie verfügbar ist. Ebenso sind kreiseigene und vom Kreis betriebene Einrichtungen so zu gestalten, dass eine Nutzung auch für behinderte Menschen leicht möglich ist.

Über alle im Bereich der Unterstützung und Förderung von behinderten Menschen durchgeführten und geplanten Maßnahmen ist den Behindertenbeauftragten zu berichten. Von den Behindertenbeauftragten ausgesprochene Empfehlungen sind umzusetzen.

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Der wachsende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird zunehmend als Vorwand genutzt, um die Leistungen der Alterssicherung abzubauen und zu privatisieren. Altersarmut ist stark angewachsen. Insbesondere Frauen sind aufgrund Ihrer Biografie (Kindererziehung, Pflege Tätigkeiten in der Familie, Halbtags Tätigkeiten, Arbeitslosigkeit etc.) betroffen.

Durch Entlassungen und so genannte „sozialverträgliche“ Lösungen werden viele ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Arbeitsleben verdrängt. In vielen Unternehmen findet sich kein über 50jähriger mehr. Gleichzeitig wurde das Rentenalter auf 67 Jahre heraufgesetzt, um die Alterssicherung weiter abzubauen.

Für viele alte Menschen werden die Renten bereits in naher Zukunft nicht einmal mehr die Grundbedürfnisse befriedigen.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen werden ältere Menschen ausgegrenzt und nur als Kostenfaktor betrachtet. Dabei sind aktive und selbstbewusste Seniorinnen und Senioren aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Die Lebensleistung der älteren Generation muss respektiert werden. Jegliche Diskriminierung aus Altersgründen muss unterbleiben. Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotential älterer Menschen müssen gefördert und genutzt werden.

Die LINKE fordert:

- Schaffung von bezahlbaren alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Städte und Gemeinden. Der Selbständigkeit ist Vorrang vor anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu geben.
- Ambulante soziale Dienste und Pflegehilfen gehören in den öffentlichen Sektor. Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren mit Kulturprogramm, Bildungsangebot, Freizeitgestaltung sind auszuweiten.

Politik für Menschen mit Migrationshintergrund:

Asyl- und Ausländerpolitik

Die wichtigsten Kompetenzen für Gesetzgebung und Verfahren im Bereich der Asyl- und Ausländerpolitik liegen bei Bund und Ländern. Dem Kreis obliegt als Sozialhilfeträger die Versorgung von Asylbewerbern, die dem sogenannten Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen. Menschen, die Schutz vor Folter und Verfolgung suchen, stellen damit den rechtlosesten Personenkreis dar, den unser Sozialsystem kennt. Ob sie eine Versorgung bekommen, die den geringsten Ansprüchen an die Menschenwürde gerecht wird, liegt stark in den Händen des Sozialhilfeträgers, also des Kreises.

Die Unterbringung der AsylbewerberInnen ist im Asylverfahrensgesetz festgeschrieben. Dabei müssen die bestehenden Regelungen so ausgelegt werden, dass den Flüchtlingen, die vor Krieg, Folter und Hunger geflohen sind, eine menschenwürdige Unterbringung ermöglicht wird. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Kreisausschusses der Fraktionen soll die Unterkünfte in regelmäßigen Abständen besuchen und dem Kreistag öffentlich über die Lebensverhältnisse der Asylsuchenden Bericht erstatten.

Flüchtlinge haben das Recht, sich zu integrieren. Sie brauchen eine Arbeitserlaubnis und eine Chance auf Arbeit, um ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern. Die gegenwärtige Praxis, dass oft Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen sind und hier ihren sozialen Hintergrund haben, mit Erreichen des 18. Lebensjahres in Länder abgeschoben werden, deren Sprache sie zum Teil gar nicht sprechen, ist unmenschlich und wird von uns abgelehnt.

Das Asylverfahrensgesetz muss von den Amtsstellen des Kreises menschenwürdig und im Sinne der Flüchtlinge umgesetzt werden. Ermessensspielräume sind großzügig zu nutzen. Dies gilt auch für die Erteilung der Erlaubnis zum zeitweiligen Verlassen des vorgeschriebenen Aufenthaltsbezirks (Residenzpflicht).

Die LINKE fordert:

Eine menschenwürdige Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen. Bei der Unterbringung von AsylbewerberInnen und AusländerInnen sind dezentrale und ortsnahe Standorte anzustreben und auf die Einhaltung von Mindeststandards zu achten. Gemeinschaftsunterkünfte und eine Ghettoisierung sind zu vermeiden. Unterkünfte sind vom Kreis bzw. von den Kommunen zu betreiben. Sie gehören nicht in private Hände. Kreis und Kommunen dürfen sich nicht aus der Verantwortung für den Zustand der Unterkünfte, ihrer Einrichtungen und des unmittelbaren Umfeldes stellen.

- Die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen des vorgeschriebenen Aufenthaltsbezirks ist großzügig zu handhaben. Jede Trennung von Familien ist zu verhindern.
- Eine ausreichende Anzahl von SozialarbeiterInnen ist entsprechend der Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge festzulegen, so dass eine sozialverträgliche Betreuung im Interesse der Flüchtlinge gewährleistet ist.
- Treffpunkte und Beratungsstellen fördern die Integration der Flüchtlinge, insbesondere die der Frauen. Dazu gehören eben nicht nur Sprachkurse und Staatsbürgerkunde, sondern auch Erziehungsberatung, Schullaufbahnberatung, Vermittlung von Arbeitserlaubnis uvm.
- Kreis und Kommunen setzen sich mit aller Kraft dafür ein, Abschiebungen zu verhindern: Integration statt Abschiebung! Dies gilt insbesondere für Jugendliche und Kinder.
- Langjährig geduldete oder asylsuchende Menschen müssen ein Bleiberecht erhalten.

Kommunales Wahlrecht für alle

DIE LINKE arbeitet mit den MigrantInnen zusammen und kämpft für ihre Einbeziehung in die kommunalen Entscheidungsprozesse bis hin zum kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen.

Bis zu einer gesetzlichen Änderung soll der Einfluss der Ausländerbeiräte aufgewertet werden.

Ökologische Kommunalpolitik

Die LINKE stellt sich den Herausforderungen, die der Erhaltung eines lebenswerten Umfeldes für Mensch und Tier dienen. Dazu gehören Themen der Ökologie, der Nachhaltigkeit von Methoden und Technik, des Natur- und Umweltschutzes wie auch des Tierschutzes. Die Politik „vor Ort“ kann entscheidend dazu beitragen die Umwelt zu schützen.

Die LINKE fordert:

Regionale Vernetzung

Zur Versorgung der Städte und Gemeinden des Landkreises Schwalm-Eder ist heute eine ungeheure Menge an Verkehr und Energie nötig. Mit jedem Gewerbebetrieb, der den Kreis verlässt, nimmt der Aufwand zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden des Kreises zu.

Deshalb hängt die Zukunftsfähigkeit eines Kreises und einer Region trotz Globalisierung und Internet in hohem Maße von regionalen, umweltfreundlichen Wirtschaftskreisläufen ab. Eine Kommunalpolitik, die auf Nachhaltigkeit statt nur auf Wachstum setzt, trägt dazu bei.

Einheimische Unternehmen sind deshalb besonders zu fördern.

Kommunale Investitionen nach sozialen und ökologischen Kriterien

Die Kommunen müssen nach sozialen und ökologischen Kriterien investieren.

Die LINKE fordert:

- Investitionen der Kommunen und Kreise sowie Förderung von Bürgerinvestitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie gegen den Klimawandel
- Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Energieunternehmen in kommunalem Besitz;
- umweltpolitische Ausrichtung der kommunalen Handlungsfelder Abfall, Flächenverbrauch, Wasser, Energieeinsatz, Mobilität und Wirtschaftsstruktur;
- landwirtschaftliche Nutzung von kommunalen Flächen nur nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus.
- die Produktion umweltschonender Bautechniken soll gefördert und eine Werbekampagne für Produkte aus der Region gestartet werden, die umweltschonend hergestellt wurden und ökologischen Standards entsprechen.

Energie, Trinkwasser, Abfallwirtschaft

Die LINKE fordert:

- Der Kreis soll auf seine Gemeinden einwirken, dass sie auf erneuerbare Energien mit dezentralen Anbietern umrüsten. Außerdem sollten Stromanbieter möglichst umweltfreundlichen Strom anbieten und offensiv bewerben.
- Eine deutliche Verminderung des CO₂-Ausstoßes ist nur durch die energietechnische Sanierung des Altbaubestandes zu erreichen. Bei seinen eigenen Gebäuden muss der Landkreis dabei mit gutem Beispiel vorangehen.
- Der Kreis soll auf seine Städte und Gemeinden einwirken, damit diese die energietechnische Sanierung von Altbauten durch Beratung sowie die Entwicklung geeigneter Finanzierungsinstrumente fördern.
- In Bebauungsplänen wird ressourcenschonendes Bauen verpflichtend vorgeschrieben und ggf. bezuschusst,
- Die geplante 380 kV Freileitung birgt hohe gesundheitliche Risiken. Sie ist durch eine Erdverkabelung zu ersetzen.

Trinkwasser

Trinkwasser ist ein knappes und öffentliches Gut. Der Kreis muss die Gemeinden unterstützen, um dieses zu schonen. Die Wasserversorgung muss in kommunaler Verwaltung bleiben

Die LINKE fordert:

- Der Kreis soll Städte und Gemeinden anhalten, Brauchwasserspeicher zu bauen bzw. zu bezuschussen.
- Die Trinkwasserversorgung ist von der Brauchwasserverwendung zu trennen. Entsprechende Sammel- und Aufbereitungsanlagen für die Gewinnung von Brauchwasser müssen angelegt werden
- Die Entsiegelung von Flächen, die Nutzung von Niederschlagswasser und dessen Versickerung auf den Grundstücken soll gefördert werden.
- Willkür bei der Berechnung von Schaffensbeiträgen lehnen wir entschieden ab. Ihre Berechnung muss nachvollziehbar dargestellt und sozialen sowie ökologischen Gesichtspunkten angepasst werden.

Abfallwirtschaft

Der beste Abfall ist der, der nicht entsteht. Die Vermeidung von Abfällen hat daher höchste Priorität. Hierfür ist eine ausreichende personelle Ausstattung und Kooperation mit Verbraucherverbänden unentbehrlich. Die Kosten dafür werden durch die Minderausgaben für zu entsorgenden Abfall um ein Mehrfaches kompensiert. Zur Verbesserung der Müllvermeidung und Mülltrennung muss der Kreis gewerbliche Betriebe und private Haushalte verstärkt über entsprechende Möglichkeiten informieren.

Kommunale Unternehmen erhalten und privatisierte Unternehmen rekommunalisieren

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Nur so ist eine sozialverträgliche Preisgestaltung und demokratische Einflussnahme gesichert.

Die LINKE fordert:

- Die Privatisierung der ehemals kreiseigenen Kliniken ist rückgängig zu machen. Der Verkauf hat zu einer Serviceverschlechterung und der Schließung der Homberger Klinik geführt. Außerdem haben sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtert.
- Die jetzt bestehenden Verträge zur Privatisierung müssen komplett öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Kreiseigene Freizeiteinrichtungen in Schönau und Sylt, der Wildpark Knüll und das Jugendcamp in Dahme an der Ostsee dürfen nicht privatisiert werden.

Weiterentwicklung der Gemeinden

Die Attraktivität der Gemeinden muss besonders für Familien gesteigert werden.

Die LINKE fordert:

- Investitionen in Vereins-, Sozial- und Kultureinrichtungen,
- die Förderung von mehr Jugendsozialarbeit und selbstverwaltete Jugend- und Sozialeinrichtungen

Sozialpass einführen

Die Einführung eines Sozialpasses für Empfänger staatlicher Transferleistungen nach ALG II und SGB XII ist notwendig. Er umfasst den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen von den Büchereien über Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Dieser Sozialpass muss so gestaltet werden, dass er für seine Inhaber nicht diskriminierend und stigmatisierend wirkt.

Nahversorgung:

Die Erhaltung und Förderung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten ggf. durch genossenschaftliche Einrichtungen ist zu unterstützen.

Gesundheit

Die Gesundheitspolitik muss den Rahmen dafür schaffen, dass Arztpraxen im ländlichen Raum erhalten bleiben. Der Kreistag muss sich Gedanken um eine flächendeckende ärztliche Versorgung machen und dazu Anreize schaffen.

DIE LINKE Schwalm-Eder tritt für eine solidarische Bürgerversicherung für die gesamte Bevölkerung ein, die alle Einkommensarten, auch Kapital- und Vermögenseinkünfte, einbezieht – und zwar in voller Höhe ohne Bemessungsgrenze.

Kommunale Wohnungspolitik

Angemessenen Wohnraum schaffen

Schon heute gibt es im Schwalm-Eder-Kreis viele Leerstände. Demgegenüber steht ein Mangel von angemessenem Wohnraum. Alte Menschen finden keine barrierefreien Wohnungen. Dies muss künftig berücksichtigt werden.

Die Förderung von generationsübergreifendem Wohnen ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ebenfalls wichtig.

Es muss sicher gestellt sein, dass im Schwalm-Eder-Kreis ausreichend sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Erhaltung und der Ausbau sozialen Wohnungsbaus und des kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbestandes sind eine zentrale Forderung der LINKEN. Eine Ghettoisierung ist zu vermeiden.

Der Kreis kann seine Fürsorgeverpflichtung erfüllen, wenn er ein Konzept zur Umwandlung von ungenutzten gewerblichen Räumen und ungenutzten Wohnhäusern in sozial erschwinglichen Wohnraum entwickelt.

Hartz IV: Keine Zwangsräumungen!

Durch Hartz IV werden auch im Wohnbereich repressive Regelungen durchgesetzt. Mieterinnen und Mieter müssen ihre "Bedürftigkeit" nachweisen. Die örtliche Agentur für Arbeit bzw. die Kommune entscheidet über die "Angemessenheit" von Miete, Heizkosten und Wohnungsgröße. DIE LINKE wird sich mit allen Kräften dagegen wenden, dass ALG II-Bezieher aus ihren Wohnungen und ihrer angestammten Lebenswelt vertrieben werden. Auf keinen Fall darf es zu Zwangsräumungen und einer Verdrängung von Betroffenen in Obdachlosenheime kommen.

Kommunale Verkehrspolitik

Förderung des Radfahrens, Erleichterung der Wege zu Fuß

Die LINKE fordert:

- Schnelle Verwirklichung aller Vorhaben für ein kreisübergreifendes Radwegeverkehrsnetz sowie das Ausweisen neuer Radwege und die Instandsetzung bestehender Radwege.
- Beim Umbau ist auf niedrige Bordsteinkanten nach EU-Norm zu achten.

ÖPNV ausbauen und preiswert gestalten

Zentrale Forderungen der LINKEN im Schwalm-Eder Kreis sind ein Ausbau des ÖPNV sowie bessere Anbindungen. Im ländlichen Raum ist eine attraktive Struktur des ÖPNV eine Voraussetzung für die Lebensqualität. Die Versorgung „vor Ort“ ist in den Gemeinden oft nur mit dem PKW gewährleistet.

Die LINKE fordert:

- Eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schüler sowie eine soziale Preisgestaltung bei den Fahrpreisen
- Die Schließung von Netzlücken des Schulbusverkehrs und des gesamten Öffentlichen Personen Nahverkehrs im Schwalm-Eder Kreis.
- Bedarfsgerechte Taktzeiten der Buslinien sind zu ermitteln und um zu setzen.
- Unverzichtbar ist die behindertengerechte Gestaltung des ÖPNV.
- **Einführung und Verbesserung von Verbundfahrssystemen**
- Der Kurzstreckentarif soll auf Fahrten in das gesamte Kreisgebiet und zu benachbarten Einkaufs- und Versorgungszentren ausgedehnt werden.
- Weiterentwicklung der Verbindung von Fahrkarte und Eintrittskarte für alle Veranstaltungen und Events im Kreisgebiet.
- Einführung von Netzkarten gültig für den gesamten Schwalm-Eder Kreis (analog zu Kassel)

Verkehr umweltverträglicher gestalten

Im Zuge zunehmender Umweltbelastung durch Abgase und ozonschädigender Emissionen des individuellen Personenverkehrs wie auch des ÖPNV mittels Busbetrieb unterstützt die LINKE Bestrebungen und Initiierung alternativer Antriebsformen, die zur Substituierung und Einsparung des Rohstoffs Öl unter Beibehaltung der Mobilität für die Menschen des SEK führen.

Die LINKE fordert:

- Etablierung von "Elektrotankstellen" an innerstädtischen Parkplätzen nahe der Fußgängerzonen oder im Schulterschluß mit "Park-And-Ride" Anbindungen.
- Schließung der Lücken des Tankstellennetzes für Erdgas (CNG) im SEK durch Einführung von Tankmöglichkeiten in Treysa oder Ziegenhain nahe der A 49 und B 454.
- Beauftragung der Stadtwerke Schwalmstadt zur Bereitstellung von Erdgas (CNG) für den Betrieb von Fahrzeugen.

Jugendmobilität

Die jungen Generation kann ein ökologisches Mobilitätsverständnis unter Verzicht auf das Auto nur entwickeln, wenn das Angebot stimmt.

Die LINKE fordert:

- Ein bedarfsgerechtes Nachttaxi-System nach dem Abhol- und Sammelprinzip

Kommunale Schulpolitik - Gute Schulen für alle

Wie die Pisa-Studien belegen, sind der Ausbau Integrierter Gesamtschulen und die zügige Umwandlung der Halbtagsschulen in Ganztagschulen wichtig und mit Nachdruck vom Schwalm-Eder Kreis als Schulträger zu betreiben.

Die LINKE fordert:

- Berufsschulen müssen uneingeschränkt ihre eigenen pädagogischen Aufgaben wahrnehmen können. Dazu gehört auch die Beibehaltung erfolgreicher pädagogischer Konzepte zur Verbesserung der Situation von benachteiligten Jugendlichen an Berufsschulen. SozialarbeiterInnenstellen als Projekt im Schwalm-Eder-Kreis müssen erhalten bleiben
- Die Volkshochschule darf nicht zu einem Wirtschaftsbetrieb in Konkurrenz zu den vielen kommerziellen Angeboten der Erwachsenenbildung werden. Sie muss wieder ihren politischen und sozialen Aufgaben gerecht werden. Für Hartz IV Empfänger müssen diese Angebote kostenneutral sein. (vgl. Sozialpass)

Ausstattung der Schulen und Klassen

- Zur Gewährleistung ausreichender Sport- und Bewegungsangebote sollen die Schulen über ausreichende und funktionsgerechte Ausstattungen verfügen.
- Die Schulen müssen mit ausreichendem und zeitgemäßen Mobiliar ausgestattet werden.
- Alle Schulformen müssen optimal mit Arbeits- und Lernmaterialien versorgt werden.
- Mittagessensangebote in Ganztageeinrichtungen müssen für Kinder aus einkommensschwachen Familien durch den Kreis finanziert oder zumindest mitfinanziert werden.
- Eine allumfassende und keine immer weiter aufgeweichte Lernmittelfreiheit muss verwirklicht werden.

Lernmöglichkeiten außerhalb der Schule

- SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien müssen ausreichende Zuschüsse für Klassenfahrten erhalten.
- Für Klassenbesuche in Heimatmuseen, Gedenkstätten und sonstigen Bildungseinrichtungen soll ein kostenloser oder kostengünstiger Eintritt ermöglicht werden. Die dazu notwendigen Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen kostenlos sein.

Chancengleichheit für alle Kinder!

Eine bedarfsgerechte und selbstbestimmte Kinder- und Jugendpolitik muss vorangetrieben werden, damit alle Kinder und Jugendliche dieselben Chancen für ihre Entwicklung und Bildung bekommen.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ist laut Armutsbericht weiter angestiegen. Die Konsequenzen aus einem Leben in Armut sind beengte Wohnverhältnisse, schlechte Ernährung, gesundheitliche Beeinträchtigung, emotionale Verarmung und eingeschränkte Bildungschancen.

Nur wenn Kinder und Jugendliche in einem gesunden sozialen Klima aufwachsen, wenn sie den Weg zu ihrer individuellen Bildung uneingeschränkt nutzen können und in einer Umwelt leben, die ihnen die Natur erlebbar macht und nicht täglich neue Bedrohungen auftischt, nur dann werden aus Kindern einmal Erwachsene, für die soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Ökologie und Frieden nicht nur Schlagworte sind. Nur wer Menschlichkeit erlebt, kann menschlich reagieren.

Kinderrechte sichern:

Weil die Belange der Kinder und Jugendlichen in jeden anderen politischen Bereich hineinreichen, wie Stadtplanung, Verkehrsentwicklung und Wohnungsbau, müssen sie auch dort vertreten werden.

Die LINKE fordert:

- In den Ausschüssen des Kreistages und der Kommunen müssen Kinderbeauftragte ein Rede- und Antragsrecht erhalten.

Verbesserung der Kinderbetreuung !

- Ausbau der Kinderbetreuungsplätze im Sinne einer gemeinde- oder stadtteilbezogenen Betreuung für alle Kinder.
- Schaffung von ausreichenden kostenlosen Krippenplätzen und Kindergartenplätzen, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab.
- Aufstockung der Angebote für Kinder unter drei Jahren. Hierbei ist darauf zu achten, dass der Spracherwerb besonders für Kinder mit Migrationshintergrund gefördert wird.
- Kleinere Gruppen, mehr Personaleinsatz, maximale Gruppenstärke von 15 Kindern bei zwei ErzieherInnen.
- Private profitorientierte Hort- und Betreuungseinrichtungen müssen die gleichen Qualitätsstandards erfüllen wie öffentliche Kindereinrichtungen. Die Kommunen müssen diese Standards überprüfen und die öffentlichen Zuschüsse an die Standards koppeln.
- Verstärkte Integration von Kindern mit Behinderungen in wohnortnahen Regeleinrichtungen.
- Einführung eines kostenlosen Mittagstisches für Kindergartenkinder
- Wohnungsnahe Spielplätze
- Öffentliche Sportangebote für Kinder in allen Altersgruppen
- Kleine Grundschulen im Ort müssen erhalten bleiben
- Kostenlose Nachhilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien, die eine Förderung benötigen.

Interkulturelle Erziehung

- Verstärkte Interkulturelle Erziehung muss in allen Einrichtungen wie Schulen und Kitas gewährleistet werden.
- Mehr ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen mit Migrationshintergrund.
- Die verschiedenen Kulturen erlebbar machen.

Grundsätzliches

Frauenpolitik

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den Kernaufgaben linker Politik.

Wir sehen die Durchsetzung von Gleichberechtigung als Querschnittsaufgabe, die es in allen Politikbereichen zu befolgen gilt.

DIE LINKE fordert die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, Kultur, Bildung Gesundheit etc.. Beide Geschlechter haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Möglichkeit zur Sorgearbeit in der Familie, Zeit für politische und gesellschaftliche Arbeit sowie ein Recht auf Kultur, Fortbildung und Genuss.

Auch die Kommune trägt Verantwortung dafür, dass diese Rechte für Frauen realisiert werden.

Die LINKE fordert:

- In allen Kommunen müssen Frauenbeauftragte installiert werden, die mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet sind.
- Wichtig ist der Schutz vor Gewalt. Deswegen dürfen die Förderungen von Frauenhäusern nicht mit Blick auf den Etat gekürzt werden, und Beratungsstellen müssen erhalten bleiben, egal ob es um Trennungsberatung, Erziehungsberatung oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben geht. Unser besonderes Augenmerk gilt der Beratung von Opfern sexueller Gewalt.
- Mädchentreffs in den Jugendzentren, Ferienfreizeiten, Girls Day sind wichtig und dürfen keiner Rotstiftpolitik zum Opfer fallen. Politik für Mädchen heißt aber für DIE LINKE. nicht Politik zu Lasten der Jungen.
- Die Kommunen als Arbeitgeber sind gefordert, ihre Ausbildungsplätze quotiert zu vergeben.
- Alle politischen Entscheidungen der Kommunen sollten überdies auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Das bedeutet, dass Frauen auch in der Stadtverwaltung nicht überwiegend in niedrig besoldeten Lohngruppen beschäftigt werden und Führungspositionen nicht überwiegend von Männern besetzt werden sollen.
- Eine existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Frauen in allen kommunalen Bereichen ist sicherzustellen.
- Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Frauen müssen ausgeweitet und finanziell ausreichend ausgestattet werden.
- Einrichtung besonderer Fördermaßnahmen für Frauen zur Übernahme von Führungsaufgaben in den kommunalen Verwaltungen.

Direkte Demokratie

Die LINKE fordert:

- Die Bürger sollen über kommunale Haushalte direkt mitentscheiden können. Die Hürden für Bürgerbegehren und Volksentscheide müssen niedriger gesetzt werden. Das setzt Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus.
- Auch GemeindevertreterInnen sollen wieder mehr Rechte, insbesondere Kontrollrechte gegenüber Gemeindevorstand und kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch eine Einschränkung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln. Diesem undemokratischen Zustand treten wir entgegen.
- Vor Beschlüssen mit größerer Relevanz müssen die Bürgerinnen und Bürger umfassend am Verfahren beteiligt werden.
Das kann mit einem Rederecht in Sitzungen der Gemeinde- und Stadtparlamente sowie im Kreistag vor Entscheidungen, welche die EinwohnerInnen bzw. Interessengruppen unmittelbar betreffen, umgesetzt werden. Ersatzweise soll es eine Bürgerfragestunde vor den Entscheidungen geben.
- Die Gebühren für Akteneinsichten sind so niedrig zu gestalten, dass sie auch für finanzschwache Bürger/innen und Gruppen keine Hürden darstellen. Einfache

Akteneinsichten sind kostenlos anzubieten. Transparenz in den Entscheidungen ist eine Bringschuld einer demokratischen Verwaltung.

- Ein leistungsfähiger Internetzugang (Breitband) muss flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.

Beschäftigungspolitik:

- Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf kommunaler Ebene zu vermeiden.
- Zahlung eines Mindestlohns ab 10 Euro
- Die Beschäftigung über Leih und Zeitarbeitsfirmen ist zu vermeiden.

Frieden

Die LINKE fordert:

- Keine Werbung für die Bundeswehr in Schulen und Arbeitsagenturen.
- Die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen mit Städtepartnerschaften stärken.
- Keine Erteilung von Genehmigungen für Zur-Schau-Stellung von Waffen und Kriegsgerätschaften bei öffentlichen Veranstaltungen im Kreisgebiet (Hessentag

Dem Neofaschismus aktiv entgegen treten

Rassistische und nationalistische Ressentiments finden in unserer Gesellschaft wieder großen Zuspruch. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten steigt an. Diese Entwicklung machte auch vor dem Schwalm-Eder-Kreis nicht halt. Mittlerweile ist der südliche Schwalm-Eder-Kreis zu einem Zentrum neofaschistischer Umtriebe geworden, seitdem die gewaltbereiten „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ dort aktiv sind. Trauriger Höhepunkt war der Überfall auf das Sommercamp der Linksjugend `solid am Neuenhainer See im Sommer 2008, bei dem ein 13-jähriges Mädchen und dessen Bruder schwer verletzt wurden.

Daraufhin wurde im Kreis das Projekt „Gewalt geht nicht“ gegründet, dessen MitarbeiterInnen mit Präventivarbeit in Schulen, Vereinen und Verbänden aufklärend arbeiten.

Dieses Projekt wird von uns unterstützt.

Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Bildungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunalen Mitteln gefördert werden.

Daher fordert DIE LINKE:

- Kreis und Gemeinden im Schwalm-Eder-Kreis achten auf die strikte Einhaltung der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU.
- Antirassistische und antifaschistische Initiativen, Veranstaltungen und Bildungsangebote sind vom Kreis und den Kommunen zu unterstützen und zu fördern.
- Stätten von Verbrechen, Verfolgung und Widerstand während der Nazi-Herrschaft im Schwalm-Eder-Kreis sind weiterhin zu fördern.
- Neofaschistische Aktivitäten, Veranstaltungen, Aufmärsche usw. sind von den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern mit allen rechtlichen Mitteln zu unterbinden. Wo dies nicht möglich ist, sollen diese öffentliche Protestbewegungen aktiv unterstützen.
- Verstärkte Berücksichtigung antifaschistischer Bildungsthemen (Demokratie, Antirassismus, Gleichberechtigung) in den Bildungsangeboten des Kreises (Volkshochschule, Kreisjugendbildungswerk, etc.)

Tierschutz im Schwalm-Eder-Kreis

Dem Tierschutz fällt seit 2002 durch Aufnahme in das Grundgesetz Verfassungsrang zu. Die Linke des SEK forciert alle Bestrebungen, dass diese Aufgabe nicht als hehres Fernziel in Gesetzesbüchern verstaubt, sondern durch Anwendung Erdung auf dem Boden der Realität im Schwalm-Eder-Kreis erfährt.

Die Gemeinden des SEK verweigern sich häufig der Logik, dass aufgegriffene Tiere einen Eigentümer haben oder gehabt haben, denn dies bedingt die Einordnung als "Fundtier" im Gegensatz zum herrenlosen Tier. So werden insbesondere Katzen in Ermangelung von Kennzeichnung (Chipimplantat) von Amts wegen häufig als "herrenlos" erklärt, um sie aufgrund dieser Klassifizierung nicht unter den Schutzschirm des Gesetzes zu Fundtieren fallen lassen zu müssen, für die die Kommune zuständig ist.

Bis zur Rückgabe an den Eigentümer werden aufgegriffene Tiere amtlicherseits an Tierheime weitergereicht, die sich fachgerecht um Gesundheit und Verpflegung kümmern. Diese Aufgabe kommt quasi einem "Outsourcing" der Tierschutzaufgaben von den Kommunen an überwiegend privat organisierte Vereine gleich. Obschon so die pflegerischen Aufgaben an Tierheime abgegeben werden, verbleibt doch die Verantwortung für die artgerechte und gesund erhaltende Unterbringung der Tiere bei den Kommunen. Untrennbar damit verbunden sind die finanziellen Verpflichtungen gegenüber den beauftragten Tierheimen zur Aufrechterhaltung der Unversehrtheit der Tiere. Diesen Verpflichtungen kommen die Kommunen nur unzulänglich nach.

Die LINKE fordert:

- Wahrnehmung der Obhutspflicht für **alle** Tiere, die im Tierheim landen und die nicht von ihren (Vor-)Eigentümern dort abgegeben wurden in Form einer Finanzierungspauschale. Die Finanzierungspauschale orientiert sich mindestens an den von den Tierheimen kalkulierten Versorgungskosten oder folgt der Erhebung der durch TASSO e.V., bzw. des Bundes gegen Missbrauch der Tiere e.V. (bmt) veröffentlichten Aufwendungen für Tierheimtiere.
- Begleichung aufgelaufener Außenstände an die Tierheime.
- Lebenslangen Verzicht auf Erhebung von Steuer für Tiere aus dem Tierheim.
- Volle Übernahme der Tierarztkosten der Tierheime durch die Kommune anteilig der zugewiesenen Tiere.
- Volle Übernahme von Wasser-, Energie- und Heizkosten der Tierheime durch die Kommune anteilig der zugewiesenen Tiere.

Reden Sie mit uns!

Wir bieten den Wählerinnen und Wählern an, in einem Dialog die Kommunen lebenswert zu erhalten und auszubauen. Dieses Programm ist die Grundlage für diesen Austausch mit den Menschen vor Ort.

Besuchen Sie uns in unserem Büro:

Steingasse 5
34613 Schwalmstadt
Tel: 06691 2204630
Mobil: 01732709701

www.die-linke-schwalm-eder.de